

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Siedlung: Geb. Reinhold, Dresden.

Abohmentpreis einfaches Bezugsjahr monatlich 200 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntäglich 6.00 Pf., unter Ausschluß der Deutschen und Österreich-Ungarischen 9.00 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresden-Volkszeitung.

Redaktion: Weimerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Veröffentlichung: Weimerplatz 10. Tel. 25201. Wochentage von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 7 gefüllte Kompartimente 90 Pf., handelsüblichen 70 Pf., die üppigste Reklamefläche 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Ruhrtaxe fällt im vorraus zu begleiten. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an verschiedenen Tagen kann nicht übernommen werden. Die Briefüberleitung 20 Pf.

Nr. 254

Dresden, Montag den 3. November 1919

30. Jahrg.

## Schieden und Frieden

### Das ungeduldige Frankreich

**Versailles.** 3. November. Der Künferat beschäftigte sich in der Sitzung am 31. Oktober unter französischen Vorläufen wiederum mit Maßnahmen, um den Friedensvertrag von Versailles in Kraft zu setzen. In Anwesenheit Maréchal Foch wurde beschlossen, durch eine Note die deutsche Regierung aufzufordern, in fürszeitiger Zeit Vertretern nach Paris zu entsenden, die gemeinsam mit denen der alliierten Mächte und des interalliierten Generalstabes die neuen Maßnahmen beraten sollen, die sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden müssen, hauptsächlich wegen Räumung und Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Tätigkeit der interalliierten Kommissionen.

### Ostdeutschlands Räumung

Die Frage der militärischen Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete durch die deutschen Truppen ist vertraglich geregelt worden. Das Abkommen, dessen Inkrafttreten übrigens davon abhängig ist, daß der Generalvertrag mit Polen aufgestanden kommt, ist in Berlin unterzeichnet worden.

Der polnische Vormarsch beginnt hierauf erst am 7. Tage nach Niederlegung des Protolls über die Ratifikation des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Räumungstag, von dem an die nachfolgend angegebenen Termine rechnen.

Vom 1. bis zum 3. Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schlessee—Gulmsee—Bromberg—Rakel—U 1 mit der Stadt Thorn von den Polen besetzt; Thorn wird am Mittag des 2. Tages von uns geräumt. (Die Nachricht von der schon erfolgten Besetzung Thorns war demnach verfrüht. D.R.) Zwischen dem 4. und 7. Tag wird das gesamte Abtretungsgebiet östlich der Weichsel besezt, und zwar Culm am 6., Graudenz am 7. Tage. Südlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am 4. Tage), Rakel, Rostock und Birzib und das Land nördlich davon bis zur Linie Culm nördlich Neuburg besetzt. Der 8. Tag ist allgemeiner Jubeltag. Zwischen dem 9. und 12. Tage werden wie das Gebiet bis zur Linie südlich Tirschnau—Br. Stargard—Czerlisdich Tuchel—südlich Ronisz räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berent von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Meere. Die einzelnen Tagesszenen werden durch Vereinbarungen zwischen den örtlichen deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.

Die Regelung einer Reihe ergänzender Punkte ist weiteren Verhandlungen vorbehalten.

### Frankreich am Rheine

**Versailles.** 2. November. In einer Unterredung mit einem Gesandten des Petit Partisan erklärte der Oberkommissar für die besetzten rheinischen Gebiete Tardieu, er sei nicht der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die Besatzungsverwaltung des besetzten Gebietes in die Hände der deutschen Regierung übergehe. Er sparte sich deshalb die Frage, ob mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die französischen Kontrolloffiziere verläßtindien sollen. Auch die wirtschaftlichen Sektionen, die aus französischen Offizieren bestanden, sollen beibehalten werden.

### Entschädigung für die versenkten Flotte

Bern, 3. November. Aus Paris wird berichtet: In seiner Sonnabendsgespräch hat der Oberste Rat beschlossen, von dem Deutschen als Entschädigung für die in Scapa Flow versunkenen Schiffe die Abgabe einer gewissen Anzahl leichter Kriegsschiffe und Schwimmenden und anderen Bootsmaterials zu fordern. Diese Forderung ist im Protoll enthalten, das an Deutschland gerichtet worden ist.

### Gegen die Kinderabschiebung

Berlin, 3. November. Das Parl. Inz. erhält Mitteilungen einer Privataffäre hervorragender englischer Privatleute gegen die von der Entente geforderte Abschiebung von 140 000 Bürgern aus Deutschland. Der Einführung wird im Interesse des Lebens und der Gesundheit deutscher Kinder erobert. Es wird eine Abföhrung der Ententeforderung durch eine Geldzahlung begegnet.

### Bulgariens Friede

Sugano, 3. November. Der endgültige Vertrag mit Bulgarien ist, laut einer Pariser Secolo-Meldung fertig-

gestellt und wird am Montag der bulgarischen Abordnung überreicht werden. Die bulgarischen Einwendungen sind nur zum geringsten Teil berücksichtigt, obgleich sich vor allem Italien, unterstützt durch Griechenland, für sie einsetzte. So wurde die Dobrudscha Rumänien und Karabrod Serbien zugestanden. Die Schwierigkeiten Bulgariens, ein Soldatenheer von 20 000 Mann aufzustellen an Stelle von durch Wehrpflicht ausgeschriebenen Soldaten, wurden von den militärischen Sachverständigen anerkannt. Trotzdem lehnte die Friedenskonferenz den bulgarischen Einwand ab. In diplomatischen und militärischen Fragen wurden dagegen Zugeständnisse gemacht.

### Abstimmung in Washington

Amsterdam, 2. November. Laut Pressebüro Radio brachte Senator Lodge im Senat den jährlichen Antrag ein, daß der 12. November als Zeitpunkt für die endgültige Abstimmung über den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt wird. Der Senator Hitchcock beantragte den 10. November als Abstimmungstag. Senator Borah hat zwei neue Vorberichte eingeführt.

### Ergebnis des letzten Jahres

On seiner Rede zum Etat des Reichswehrministeriums sagte der Unabhängige Rothen, Halle, in bezug auf den 9. November: „Dieser Revolutionstag ist für uns schon lange kein Feiertag mehr.“ Nachdem das warum gibt der Bericht der Freiheit seine Auskunft. Nach altem was man aber bisher aus dem Vortrage unabhängiger Redner oder aus der Artikel der unabhängigen Presse erfahren hat, scheint der Grund darin zu liegen, daß noch nicht die Diktatur des Proletariats ausgerichtet, die Sozialisierung reiflos durchgeführt wurde und die Weltrevolution gescheitert hat. Unsre Unabhängigen kennen deswegen kein andres Ziel der Revolution. Bis heute haben sie keinerlei praktische Arbeit geleistet, sondern sich darauf befreit, die Täglichkeit der Regierung und der Mehrheitsparteien nach allen Regeln der Kunst herunterzureihen und zu verteidigen.

Die Wiener Arbeiterzeitung sieht besonders wie die ge- fangene österreichische Sozialdemokratie den deutschen Unabhängigkeitsfeier sehr nahe. Auch unser Unabhängiger verweise uns täglich auf die Arbeit der österreichischen Sozialdemokratie, die vielleicht im Sinne des Sozialismus geführt werde. Wie möchten daher nicht verfehlten, unsern Unabhängigen, die mit den Erfolgen der Revolution ja außerordentlich unzufrieden sind, einige Stellen aus dem Jenaerorgan der Sozialdemokratische Deutschösterreich zum Nachdenken empfehlen. Sie sind zu finden in der Ausgabe der Wiener Arbeiterzeitung vom 26. Oktober und haben folgenden Wortlaut:

„Gewaltsamen Machtwuchsen hat dieses Jahr der Arbeiterschaft gebracht. Deutlich, Machtwuchsen nur, nicht die volle Kraft. Auch in dieser Beziehung leben wir in einer Übergangsperiode. Die Schwäche des Staates, in dem wir leben, ist auch unsre Schwäche. Seine Abhängigkeit von den kapitalistischen Geschäftsmännern fest auch unserer Stadt eng Grenzen. Nur Toten können ernsthafte Handlungen, deren Stärke wohl keinen Tag entbehren, können gerade in einem armen, unmöglichem, hilflosen Kleinstaat die Alleinheit, Hoffnung des Proletariats aufrichten und die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen. Aber dennoch ist es geschickliche Arbeit, Arbeit, die unser geschickliches Ziel, was wir in diesem Jahre begonnen haben... Das Proletar ist ein Werk, das gelebt sein will, sagte Moritz. Die Arbeiterschaft hat vorher keine Bedeckung gehabt, es zu leben. Kein Zweifel, sie lernt es nur allmählich, sie beginnt in der Auseinandersetzung mit neuen Pflichten moderner Zeitalter, sie muß zweitens neues Gehirn bezahlen, aber die Hauptfunktion ist: sie lernt... Das ist, was mutig. Denn ehe die Arbeiterschaft den Staat regieren und die Industrie verwalten kann, muß sie aus sich heraus die Mütter heranbringen und erziehen, die das Wissen, die Erfahrung, das Geschick erworben haben, den komplizierten Mechanismus des modernen Staates und der modernen Industrie zu verstehen. Dieser Stab in den sozialistischen Industrien und in der industriellen Verwaltung gebauter Verantwortungsträger heranzuziehen, dann ist uns jetzt reichliche Gelegenheit gegeben. Das ist das wichtigste Ergebnis der Revolution des letzten Jahres.“

Man sieht also, daß die österreichische Sozialdemokratie fast gewaltig von der deutschen U. S. S. unterscheidet. Ihr Handeln ist nicht nur getragen von dem großen Verantwortungswesen und trug nicht nur den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Rücksicht, sondern die österreichische Sozialdemokratie rüstet ihren Anhängern immer wieder zu, daß Vernunft für die Arbeiterschaft die Hauptfunktion ist, wenn sie die Verpflichtung zur Übernahme der Staatsgewalt erlangen will. Wenn unsre Unabhängigen sich von denselben Geschäftsmännern leiten lassen würden, wenn sie objektiv die Geschäftsmänner seit dem 9. November beobachtet, dann ist nicht wie es ihr Vertreter in der Nationalversammlung getan hat, den Standpunkt vertreten, daß der 9. November für die Arbeiterschaft sein Feiertag ist.

### Sachsen, Bayern und die Fleischverförgung

Der Bezirksausschuß Dresden des Reichsausschusses für Konsumeninteressen, in dem alle maßgebenden wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Gemeindebeamten und Reichsbeamten, Lehrer usw. des Dresdner Bezirks zusammengekommen sind, wandte sich im Namen der Bevölkerung an die Reichsernährungsministerium schrift gegen die unerhörte Benachteiligung Sachsen und besonders auch Dresdens in der Fleischverförgung und erinnerte das Reichsernährungsministerium und die Nationalversammlung dringend um Abhilfe. In der Einigung wird angezeigt:

Das Landkreis Sachsen ist, wenn seine Bevölkerung nichts Rot leidet und den jüngeren Gefahren des Hungers aufgeht werden soll, auf Lebensmittelzuschüsse aus den landwirtschaftlichen Überflussgebieten Deutschlands und darüber angewiesen. Für die Belieferung Sachsen kommt baupolitisch Bayern in Betracht. Zudem aber vernachlässigt gerade dieser deutliche Oberstaat seine Lieferungspflichten in einer Weise, durch die die ländliche Bevölkerung schwer benachteiligt wird. So soll Bayern jede Woche 1547 Kinder im Durchschnittsgewicht von je 145 Kilogramm, mitin also 224 315 Kilogramm Fleisch nach Sachsen liefern. Das würden für den Zeitraum vom 1. August bis 18. Oktober 17 017 Kinder im Gesamtgewicht von 2 467 465 Kilogramm sein. Letzterlich sind aber in diesem Zeitraum nur 9534 Kinder im Gesamtgewicht von 1 082 154 Kilogramm geliefert worden. Bayern hält also mit 7058 Kindern beginn 1 435 311 Kilogramm hinter seinen Lieferungspflichten zurück. Der Umstand, daß zwar mehr als die Hälfte der zu liefernden Kinder geliefert wurde, daß aber deren Gewicht weit hinter dem Gewicht der zu liefernden Gewichtsmenge zurückließ, zeigt, daß Bayern auch kein vollwertiges Brot, sondern gerade die mageren Teile an Sachsen abgegeben und die vollwertigen Kinder für sich behalten hat.

Ferner ist zu bemerken, daß die erfolgten Lieferungen auch nur zum Teil in Fleischfleisch, zu einem beträchtlichen Prozentsatz aber in konzentriertem Fleisch nach Sachsen gekommen sind. Diese Konzentrierung wäre begründet, wenn bei einem zeitweiligen, gar nichtlichen Fleischüberdruss; Vorfälle für schlechteren Fleisch aufgehoben werden sollten; davon kann aber zurzeit gar keine Rede sein. Das Konzentrieren wird fort unmittelbar nach seiner Konzentrierung genau so wie das Fleischfleisch nach der Schlachtung der Tiere dem Verbraucher zugeführt. Die Konzentrierung ist also nur gleichbedeutend mit einer vollständig überflüssigen Verarbeitung des Fleisches für die Verbraucher. Es muß aber auch in diesem Falle angenommen werden, daß die bayrischen Lieferanten nicht das beste Fleisch zu konsernen vorbereiten und an das höchwertige Fleisch in Bayern behalten und auf dem minderwertigen Rückenfleisch für Sachsen auftragen. Die höchswertige Bevölkerung wird also durch die in der Konzentrierung liegende Verarbeitung dieses weniger guten Fleisches in doppelter Hinsicht belastet.

Weil die Überflussgebiete, die Sachsen mit Fleisch versorgen sollen, vollständig verfüllt sind, ist die Konzentrierung z. B. in Dresden auf 150 Gramm herabgesenkt worden und niedrigere Herabsetzungen sind zu befürchten. Die jährliche Bevölkerung würde sich damit absinden, wenn der Fleischmangel gleichmäßig auf die Versorgung des ganzen deutschen Reiches verteilt wäre. Das ist aber durchaus nicht der Fall. In Bayern beträgt die Nation 250 Gramm wöchentlich. Nach unveröffentlichten Mitteilungen, die uns aus Bayern zugegangen sind, zieht sich aber dort kein Mensch mehr nach der Nationierung. Fleisch ist in Bayern überall ohne Kosten zu haben und bei einem großen Teil der bayerischen Bevölkerung wird täglich so viel und mehr Fleisch verbraucht, als ein Einwohner Sachsen für die ganze Woche zupft. Man lebt in Bayern rücksichtslos in den Tag hinein und läßt die Einwohnerzahl des Verjüngungsgebietes Tochtern hungern.

Auch in bezug auf andre Nahrungsmittel, die von Bayern nach Sachsen geliefert werden sollen, z. B. der Kartoffeln, erfüllt Bayern seine Lieferungspflichten in keiner Weise. Es ist nur darauf bedacht, seine eigene Bevölkerung weit über die Mengen hinweg mit Lebensmitteln zu versorgen, die einem Einwohner Sachsen aufzutreiben, und flaniert sich in seiner dem Reichsgedanken im Gleich schwägenden Selbstsucht nicht um geringsten um die in andern Landesteilen herrschende Not.

Das ist um so weniger verständlich, als Bayern auf die Einfuhr anderer Produkte aus dem übrigen Deutschland angewiesen ist. So hat gerade Sachsen an Bayern große Mengen Kohlen zu liefern, und es ist seinen Lieferungsbefreiungen trotz der in Sachsen selbst herrschenden schweren Stohlennot geschlossenhaft nachzukommen.